

Diskussion

Rita Schäfer

Erinnerungen an politisch motivierte Gewalt in Simbabwe Kontroversen über das Gedenken an die Opfer der *Gukurahundi*-Massaker

Anfang und Mitte der 1980er Jahre fanden im Südwesten Simbabwes, einem Binnenstaat im südlichen Afrika, Massaker an der dortigen Ndebele sprechenden Bevölkerung statt, wobei die Zahl der Todesopfer auf ca. 20.000 geschätzt wird. Zudem wurden zahllose Menschen schwer misshandelt und gefoltert. Viele Überlebende haben bis heute mit den gesundheitlichen und psychischen Folgen dieser systematisch ausgeübten und staatlich angeordneten Gewalt zu kämpfen, die auf das Konto der Fünften Brigade ging, einer militärischen Spezialeinheit, die direkt dem damaligen Premierminister Robert Mugabe unterstand. Das Erinnern an die Massaker ist nach wie vor konfliktreich, wobei die Vorstellungen von Überlebenden und Angehörigen der Opfer in der Region, die nie Kompensationen oder sonstige Hilfe erhielten, und von Vertretern der Regierungspartei auf nationaler Ebene aufeinander prallen. Um diese Kontroversen zu verstehen, ist eine historische Kontextualisierung notwendig.

In der früheren britischen Siedlerkolonie Südrhodesien, aus der am 18.4.1980 der nachkoloniale Staat Simbabwe hervorging, gab es seit den 1970er Jahren zwei konkurrierende Unabhängigkeitsbewegungen, die *Zimbabwe African National Union* (ZANU) unter Robert Mugabe und die *Zimbabwe African People's Union* (ZAPU) unter Joshua Nkomo, wobei sich erstgenannte Anfang August 1963 von letztgenannter abgespalten hatte. Während der bewaffnete Flügel der ZANU, die *Zimbabwe African National Liberation Army* (ZANLA), auf eine Guerillastrategie setzte und einige ihrer Kommandanten in China in der maoistischen Kriegsführung ausgebildet worden waren, basierte die militärische Stärke der ZAPU auf ihrer von der Sowjetunion waffentechnisch unterstützten Armee *Zimbabwe Independent People's Army* (ZIPRA). Sie war vor allem in Grenzgebieten des Nachbarlands Sambia stationiert und in den westlichen Landesteilen militärisch aktiv, während die ZANLA-Guerillakämpfer/-innen von Trainingslagern in

Mosambik aus vorgingen und in den östlichen Landesteilen Sabotageakte gegen die rhodesische Armee verübten. Die ZANLA verlangte vor allem von der shonasprachigen Bevölkerung Unterstützung und rekrutierte dort ihre jugendlichen Kombattanten/-innen. Die politische Unabhängigkeit wurde aber nicht durch einen Sieg der ZIPRA oder der mit ihr konkurrierenden ZANLA über die rhodesische Armee erreicht, sondern durch politische Verhandlungen 1979 in der alten Kolonialmetropole London. Aus der ersten Parlamentswahl 1980, die von gewaltsamen Einschüchterungen durch Ex-ZANLA-Guerilleros geprägt war, ging die umbenannte und zur Partei umstrukturierte *Zimbabwe African National Union-Patriotic Front* (ZANU-PF) als Siegerin hervor und stellte fortan unter Robert Mugabe die Regierung.

Im Folgenden werde ich exemplarisch zeigen, wie die Machthaber der ZANU-PF seit den 1980er Jahren ein Geschichtsnarrativ schufen, das *nation building* forcierte, indem es auf die Konstruktion und Reproduktion von Abgrenzung baute, konkret auf die Exklusion der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe: ndebelesprachige Staatsbürger/-innen in den südwestlichen Provinzen. In der offiziellen Erinnerungspolitik wird deren Beitrag am anti-kolonialen Unabhängigkeitskampf bis heute geschmälert. Dabei nimmt die dominierende ZANU-PF eine ethnisch polarisierende Abwertung der konkurrierenden ZAPU sowie deren ZIPRA vor, obwohl in ihnen keineswegs nur Ndebele organisiert waren (Werbner 1991: 159ff).

Schon der Name, den das Regime unter Mugabe für den gezielten Gewalteininsatz und die Massaker Anfang der 1980er Jahre nutzte, war programmatisch: „Gukurahundi“ bedeutet in der Shona-Sprache so viel wie: „Der reinigende Frühlingsregen, der die Spreu wegfegt“. Euphemistisch ausgedrückt, bedeutete das: Menschen, die zu Staatsfeinden erklärt wurden, sollten wie Unrat von einer Gewaltwelle weggefeigt werden, wie aus Reden Mugabe in der Zeit hervorging. Darüber hinaus attackierten auch andere Regierungsvertreter ndebelesprachige Menschen nach der politischen Unabhängigkeit 1980 pauschal, die nationalstaatliche Souveränität durch die Unterstützung so genannter Dissidenten/-innen aus den Reihen der ZAPU und ZIPRA zu gefährden. Mit der Politisierung eines ethnischen Gegensatzes, den britische Kolonialherren und europäische Siedler geschaffen hatten – was jedoch die shonasprachige Elite in der Regierungspartei ignorierte – manipulierte sie die Erinnerungspolitik, um ihre eigene Deutung historischer Ereignisse, wie die auf „Terrorbekämpfung“ reduzierten Massaker, vor der shonasprachigen Bevölkerungsmehrheit zu legitimieren und diese über die Partei gemeinschaftsbildend an sich zu binden. Sie ignorierte, inwiefern shonasprachige Staatsbürger/-innen dieses Narrativ und damit verbundene Exklusionen überhaupt mittragen wollten.

Während die Massengewalt in der nationalistischen bzw. patriotischen Geschichtskonstruktion der Regierungspartei über Jahrzehnte banalisiert wurde, hat sie im zivilgesellschaftlichen Erinnerungsdiskurs weiterhin einen hohen Stellenwert (Murumbadoro 2015: 33ff). Allerdings waren Gewaltüberlebende sowie Nachfahren von Ermordeten und Verschwundenen aus berechtigter Angst vor erneuten Übergriffen staatlicher Sicherheitskräfte so eingeschüchtert, dass sie es nicht wagten, öffentlich über die erlittenen Gräueltaten zu sprechen.

Nachdem der autokratisch und repressiv regierende Langzeitpräsident Robert Mugabe am 21.11.2017 während eines Amtsenthebungsverfahrens und auf Druck der Armee zurücktrat, mehren sich die Stimmen von Interessengruppen der Überlebenden, die eine Aufarbeitung der staatlich angeordneten Gewalt fordern. In die Kritik geriet aber nicht nur Mugabe als Oberbefehlshaber der Fünften Brigade, einer Spezialeinheit, die ihm direkt unterstand und die Hauptausführende der Gewalt war. Vielmehr wandten sich Kritiker/-innen auch gegen Emmerson Mnangagwa. Dieser war während der Massaker als Sicherheitsminister für den Geheimdienst zuständig, welcher in den Provinzen Matabeleland Süd und Nord sowie Midlands mit der Fünften Brigade kooperierte und durch Verhaftungen, Folter, gezielte Tötungen und Verschwinden-Lassen von ZAPU- und ZIPRA-Mitgliedern ebenfalls Terror verbreitete. Er galt als Getreuer Mugabes, bekleidete im Lauf der Jahre verschiedene Ministerposten und das Amt des Vizepräsidenten, wurde Ende November 2017 Interimspräsident und nach den Wahlen am 30.7.2018 neuer Staatspräsident.

Er versprach einen Neuanfang, wobei er mit Ankündigungen zur wirtschaftlichen Öffnung seines Landes ausländische Investoren umwarb. Angesichts der schweren Menschenrechtsverbrechen, die das Mugabe-Regime nach den illegalen Landbesetzungen und Enteignungen ab dem Jahr 2000 sowie während und nach Wahlen in der anschließenden Dekade zu verantworten hatte und die Sanktionen der Europäischen Union und der USA zur Folge hatten (Ndlovu-Gatsheni 2012: 3), wurde Mnangagwa nun auch international auf die Probe gestellt, wie ernst er es mit der Reformbereitschaft meinte. So wurde er im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels in Davos am 24.1.2018 zu seiner Rolle bei der Aufklärung der Massaker interviewt und wiederholt nach einer möglichen Entschuldigung gefragt; jedoch weigerte er sich, diese in Aussicht zu stellen. Vielmehr berief er sich darauf, dass er kurz zuvor (am 5.1.2018) ein Gesetz zur nationalen Heilung und Versöhnung unterzeichnet habe.

Auf diese Weise lenkte er von seiner persönlichen Verantwortung ab, obwohl er laut einem Zeitungsartikel im regimenahen *Chronicle* am

5.3.1983 während einer öffentlichen Veranstaltung zu Gewalt gegen Dissidenten/-innen aufgerufen und deren Vernichtung legitimiert hatte: Er hatte sie wörtlich als „Kakerlaken“ und „Wanzen“ bezeichnet, die mit DDT zu bekämpfen seien. Am 5.4.1983 berichtete der *Chronicle*, Mnangagwa habe Unterstützern/-innen von Dissidenten/-innen gedroht, sie hätten nur noch eine kurze Lebenszeit. In einem Interview mit *Bloomberg*-Reportern am 22.1.2018 erläuterte er, die damalige Regierung habe Recht und Ordnung in die Region bringen müssen, wobei er Exzesse durch die ausführenden Organe nicht ausschloss. Nun sei es aber an der Zeit, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und nach vorn zu schauen.

Damit behielt er weitgehend den selektiven Deutungsrahmen von Robert Mugabe bei, der ab dem 18.4.1980 zunächst als Premierminister und ab dem 30.12.1987 als Präsident regiert hatte. Zwar hatte dieser in Reaktion auf die Kritik an schweren Menschenrechtsverletzungen, die Kirchenvertreter und Nichtregierungsorganisationen ab 1983 formuliert hatten, schon in den 1980er Jahren kurzfristig die so genannten *Dumbutshena*- und *Chihambakwe*-Kommissionen eingerichtet; deren Berichte wurden aber nie veröffentlicht (Murambadoro 2015: 39).

Gleichzeitig beteuerte Mugabe damals in Reden, die Ausmerzung von Dissidenten/-innen und deren Unterstützern/-innen sei gerechtfertigt. Erst bei der Trauerfeier für seinen Erzfeind und Vorsitzenden der ZAPU, Joshua Nkomo, im August 1999 sprach er von einem „moment of madness“ und meinte damit die Massaker an der ndebelesprachigen Bevölkerung (CCJP 1997: 5). Schon 1979 benutzte die ZANU die Bezeichnung „Gore reGukurahundi“ (Jahr des Sturms) für Aktionen gegen die (süd-)rhodesische Armee und Kollaborateure/-innen mit dem weißen Siedlerregime; Anfang der 1980er Jahre wurde damit das Vorgehen der Fünften Brigade titulierte (Ndlovu-Gatsheni 2012: 4). Sie richtete sich gegen die ndebelesprachige Zivilbevölkerung, die angeblich ZAPU-Mitglieder und frühere ZIPRA-Kämpfer/-innen unterstützte. Selbst wenn letztere in die regulären Streitkräfte Simbabwe integriert worden waren, wurden sie unter Generalverdacht gestellt, Dissidenten/-innen zu sein, und beispielsweise während ihres Heimaturlaubs von der Fünften Brigade oder von Geheimdienstmitarbeitern aufgesucht und verschleppt; etliche verschwanden für immer und wurden ermordet. Auf der Suche nach Dissidenten/-innen wurden – erleichtert durch den Fortbestand repressiver Gesetze aus der Kolonialzeit – die Provinzen im Südwesten des Landes mit Terror überzogen. Auf diesen Gesetzen aufbauend wurde der Ausnahmezustand, den bereits die weiße rhodesische Regierung 1965 verhängt hatte, um gegen Unabhängigkeitskämpfer/-innen vorzugehen,

im jungen Staat Simbabwe bis 1990 wiederholt erneuert (CCJP 1997: 26; Murambadoro 2015: 45f).

Ereignisgeschichte und nationalistische Kontexte

Im nationalistisch-patriotischen Erinnerungsdiskurs der ZANU-PF werden regionalpolitische und strategische Zusammenhänge verschwiegen (Scarnecchia 2011: 100f). Während eines Staatsbesuchs vom 7. bis 13.10.1980 in Nordkorea vereinbarte Robert Mugabe mit dem damaligen Machthaber Kim Il Sung, dessen Armee solle simbabwische Spezialkräfte für interne Aufgaben schulen. Am 13.8.1981 trafen 106 nordkoreanische Ausbilder ein; sie trainierten die Fünfte Brigade (Engel 1994: 205). Ab Anfang 1983 kam diese Brigade unter Colonel Perence Shiri, der sich als Herr über Leben und Tod aufführte und (Black) Jesus nannte, zum Einsatz. Mangels offizieller Zahlen gehen Schätzungen davon aus, dass sie mindestens 2.500 bis zu 5.000 Kräfte zählte – zumeist ehemalige Kämpfer/-innen der ZANLA.

Offizieller Anlass für die Massaker waren Waffenfunde auf Farmen, die der ZAPU gehörten. Die Mugabe-Regierung, die laut Zeitzeugen/-innen von den Waffenlagern wusste, übernahm dennoch die Interpretation ranghoher weißer Geheimdienstmitarbeiter, die mit dem militärischen Geheimdienst des Apartheidregimes kooperierten. Im Rahmen der von Südafrika aus gesteuerten „*Operation Drama*“ wurde mit Falschinformationen suggeriert, ranghohe ZAPU-Vertreter, wie deren Geheimdienstchef Dumiso Dabengwa, planten einen Staatsstreich. Dieser wurde wegen Hochverrats angeklagt und bis zum 20.11.1986 inhaftiert, obwohl ein Prozess gegen ihn mangels Beweisen eingestellt wurde.

Sicherheitsminister Mnangagwa nutzte nicht die Expertise des etablierten ZAPU-Geheimdienstes, sondern bevorzugte die Zusammenarbeit mit früheren rhodesischen Geheimdienstleuten, obwohl diese enge Beziehungen mit südafrikanischen Sicherheitskräften pflegten (CCJP 1997: 27). Offenbar befürchtete die Regierung in Pretoria einen Machtgewinn der ZAPU, die in den 1970er Jahren von der Sowjetunion unterstützt worden war und 1980 diplomatisch von dieser umworben wurde (Engel 1994: 74; Scarnecchia 2011: 88f).

Gleichzeitig setzte die rassistische Minderheitenregierung Südafrikas aus regionalpolitischen Gründen alles daran, das Nachbarland Simbabwe ökonomisch zu schädigen und strategisch zu destabilisieren, u.a. durch große Sabotageakte an Einrichtungen des simbabwischen Militärs am 16.8.1981 und am 25.7.1982 (ebd.: 212f). Mitglieder einer brutalen Spezialeinheit, die im Unabhängigkeitskrieg als rhodesische *Selous-Scouts* bestialische Gewaltakte an der schwarzen Bevölkerung verübt hatten, führten diese nun

in Interessenallianz mit dem Apartheidregime unter neuen Vorzeichen fort. Auf ihr Konto sollen Morde an Touristen/-innen, Farmern/-innen, Missionaren und Gesundheitspersonal gehen, was im Fall der Farmer/-innen ein früherer Doppelagent bestätigte (CCJP 1997: 44; Scarnecchia 2011: 95).

Den Apartheidstrategen kamen gewaltsam ausgetragene und u.a. vom ZANU-PF Scharfmacher Enos Nkala im November 1981 und Februar 1982 in Entumbane provozierte Konflikte gelegen; es ging um die ungleiche Demobilisierung und erneute Beförderung von Ex-Kämpfern/-innen der ZANLA und ZIPRA, also der ZAPU-Armee. Dabei wurden letztgenannte ebenso benachteiligt wie beim Zugang zu Arbeitsplätzen und Häusern. Die neu aufgebaute simbabwische Armee mit 41.519 Kräfte bestand nur zu einem Drittel aus früheren ZIPRA-Soldaten/-innen. Einige gingen in den Untergrund, auch weil sie enttäuscht waren, wie sich ZAPU-Politiker von ZANU-PF-Machthabern demütigen ließen. Aus der Gruppe frustrierter Ex-ZIPRA-Kämpfer/-innen in der Provinz Manicaland und im Flüchtlingslager Dukwe in Botswana mobilisierte der südafrikanische Geheimdienst im Oktober 1982 ca. 300 Personen, die in Südafrika trainiert wurden und von denen ab dem 1.12.1982 höchstens 100 in Simbabwe zum Einsatz kamen und als Super-ZAPU bekannt wurden. Wegen der Kooperation zwischen südafrikanischen Militärs und Super-ZAPU-Kämpfern/-innen gab es im September 1983 Streit zwischen ZIPRA-Dissidenten/-innen, der teilweise gewaltsam eskalierte (Engel 1994: 209, CCJP 1997: 29).

In der offiziellen Berichterstattung wurde dennoch eine homogene Gruppe von Dissidenten/-innen konstruiert. Ihr wurden zwischen 1983 und 1986 326 Tote und 159 Vergewaltigte zur Last gelegt; hinzu kamen insgesamt mehrere hundert Fälle von Diebstahl und körperlichen Misshandlungen. Aus der Perspektive der lokalen Bevölkerung war es aber keineswegs eindeutig, Dissidenten/-innen als Täter/-innen zu benennen, da mancherorts die gleichen Personen, die nachts auftauchten, tagsüber in Uniformen als Soldaten/-innen in die Dörfer kamen und ebenfalls gewaltsam vorgingen (CCJP 1997: 38ff). Hier leistete die Erste Brigade unter dem späteren Verteidigungs- und Vize-Minister Constantino Chiwenga alias Dominic Chinenge logistische Unterstützung; während der gesamten 1980er Jahre trat die Armee immer wieder als todbringender Gewaltakteur auf. Hinzu kamen polizeiliche Spezialkräfte mit Liquidierungsaufträgen.

Regierungsangaben bezifferten die Todesfälle im gesamten Südwesten Simbawes zwischen Anfang 1983 und Ende 1986 auf insgesamt 429 und die Zahl der Vergewaltigungen auf 268, wobei die verschiedenen Tätergruppen nicht spezifiziert wurden; das galt auch für über 1.000 Raubüberfälle (ebd.: 38ff). Demgegenüber hat das Forschungsteam der *Catholic*

Commission for Justice and Peace (CCJP), das 1995-1996 in den Distrikten Nyamandlovu, Matabeleland North, und Matobo, Matabeleland South exemplarisch die Ausmaße der Gewalt und der Zerstörungen dokumentierte, allein im Distrikt Nyamandlovu über 900 namentlich und in Matobo über 180 Tote ermittelt. Dabei gibt diese Kommission zu bedenken, dass sie vor allem in Matobo die Gewalt nicht vollständig dokumentieren konnte, da Geheimdienstmitarbeiter Gewährsleuten und Interviewpartner/-innen einschüchterten und bedrohten. Auch ein Forscher geriet ins Visier des Geheimdienstes (ebd.: 117ff).

Dennoch zeichnete sich laut CCJP folgendes Muster ab: In Matabeleland North waren Menschen – insbesondere ZAPU- und Ex-ZIPRA-Mitglieder – vor allem von systematischen Morden und Gewaltpraktiken in ihren eigenen Gehöften betroffen, während zahlreiche Bewohner/-innen in Matabeleland South mit Folterungen und Massengewalt während Internierungen terrorisiert wurden; im berüchtigten Lager *Bhalagwe* waren es über 8.000 Menschen. Die Fünfte Brigade war für sexualisierte Gewalt, die den familiären, sozialen und kulturellen Zusammenhalt zerstören sollte, Erschießungen und Morde verantwortlich; arbeitsteilig ging das Verschwinden-Lassen vor allem auf das Konto des Geheimdienstes. Zahllose Tote wurden in stillgelegten Minenschächten oder in Massengräbern verscharrt, wobei überlebende Verwandte auf den Gräbern tanzen mussten, um sie als Tabubrecher/-innen öffentlich zu demütigen. Auch durch das Abriegeln ganzer Gebiete und Hunger als Waffe stieg die Todesrate, denn in der Region wurden Lebensmitteltransporte verboten und während der Dürre 1984 verweigerte das Mugabe-Regime kategorisch die dortige Verteilung internationaler Nahrungsmittelhilfe. Neben den Folgen der direkten Gewalt, die wegen Ausgangssperren und Internierungen in Matabeleland South medizinisch oft nicht behandelt werden konnten, führten Unterernährung und Krankheiten zum Tod (ebd.: 115ff). Zudem brachten im Kontext der Parlamentswahlen 1985 jugendliche Schläger der Regierungspartei ZANU-PF mindestens 28 Menschen um und schlugen 63 zusammen (ebd.: 62ff).

Joshua Nkomo prangerte die Gewaltübergriffe wiederholt öffentlich an, doch Mugabe unterband sie nicht. Erst mit dem *Unity Accord* vom 22.12.1987, der für Nkomo einem umfassenden Machtverlust gleichkam und Mugabe neue Machtfülle verschaffte, fand der Terror der Fünften Brigade ein Ende; die Einheit wurde in die reguläre Armee integriert. Der offizielle Erinnerungsdiskurs setzte auf Verschweigen, während die ausgeschlossene Bevölkerung aus Angst vor gewalttätigen Geheimdienstmitarbeitern, die weiterhin im Amt blieben, sogar das Wort „Gukurahundi“ vermied. Eine Generalamnestie vom 18.4.1988 verhinderte die strafrechtliche Verfolgung

der Täter; noch im Oktober 1992 lehnte Präsident Mugabe jegliche Entschädigung für Gewaltüberlebende und Angehörige von Ermordeten ab, was für zahllose Traumatisierte und körperlich schwer Geschädigte ein Leben in Armut bedeutete (ebd.: 7). Schließlich hatten sie Männer als familiäre Versorger verloren, und mit der Strategie der verbrannten Erde hatte die Fünfte Brigade ihre Häuser und Speicher niedergebrannt, Ernten und Vieh vernichtet.

Nach dem *Unity Accord* mit der ZAPU erreichte Präsident Robert Mugabe aber keineswegs sein erhofftes Ein-Partei-Regime; vielmehr erstarkte ab Ende der 1990er Jahre eine neue Opposition: die *Movement for Democratic Change* (MDC). Nun attackierte Mugabe in vielen Reden Ndebele, die mit dieser Partei sympathisierten, sie würden ihren früheren Interessenvertreter und den Vater der Nation, Joshua Nkomo, verraten. Im Auftrag des Mugabe-Regimes errichteten nordkoreanische Künstler vom Mansudae Art Studio bzw. dessen *overseas project* in Bulawayo ein Denkmal für Nkomo, das wegen der Ausbildung der Fünften Brigade durch Nordkoreaner in der Region umstritten war. Mugabe postulierte, Nkomo habe schließlich die nationale Einheit propagiert, die MDC wolle diese aufkündigen. Dabei unterstellte er der MDC, von westlichen Imperialisten finanziert und gesteuert zu sein, was einem Verrat am Unabhängigkeitskampf gleichkomme (Ndlovu-Gatseni & Willems 2009: 962f). Für eine Aufarbeitung der *Gukurahundi*-Massaker und eine an den Opfern orientierte Erinnerungskultur war auch unter diesen Bedingungen kein Platz. Nationalistisch-patriotische Grenzziehungen dienten nun dazu, die MDC zu diskreditieren – ähnlich hatten herrschende ZANU-PF-Politiker ab 1980 gegen die ZAPU agitiert.

Es fehlte weiterhin am politischen Willen des Mugabe-Regimes, Institutionen wie das *Organ for National Healing, Reconciliation* (ONHRI) und das *Joint Monitoring and Implementation Committee* (JOMIC) unabhängig arbeiten zu lassen. Diese Institutionen waren 2009 nach der von Südafrika im Auftrag der *Southern African Development Community* (SADC) vermittelten Einheitsregierung mit der MDC etabliert worden und bestanden bis zu deren Ende 2013. Wiederholt wurden ONHRI-Veranstaltungen von ZANU-PF-Schlägern gesprengt und ONHRI-Vertreter/-innen eingeschüchtert. Auch die unter Bezug auf die neue Verfassung 2013 gegründete *National Peace and Reconciliation Commission* (NPRC) war wegen fortgesetzter Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte und aus machtpolitischen Gründen bislang nahezu wirkungslos. Aus der Sicht von Betroffenen etwa im Distrikt Nkayi in Matabeleland North kaschierten diese Institutionen nur die fortbestehende ZANU-PF-Hegemonie, denn gleichzeitig wurden Nichtregierungsorganisationen bedroht, die juristische oder psychologische Hilfe für Gewaltüberlebende und Angehörige der Opfer boten, wie *Zimbabwe Lawyers for Human*

Rights, Amani Trust bzw. *Solidarity Peace Trust* und *Counselling Services Unit*. Die Regierung versuchte mit allen Mitteln, zivilgesellschaftliches Engagement in den Provinzen zu verhindern, die in den 1980er Jahren mit exzessiver Gewalt überzogen worden waren (Murumbadoro 2015: 39ff). Das beeinträchtigte auch die Trauma-Arbeit, mit der einzelne Ex-ZIPRA-Kämpfer/-innen die Folgen dieser Gewalt zu bewältigen versuchten.

Nationalistische Vorgaben für lokales Gedenken

Ein großer Streitpunkt sind Grabstätten für Gewaltopfer und Unabhängigkeitskämpfer/-innen: Auf dem offiziellen Heldenfriedhof nahe Harare, wo eine vom nordkoreanischen Mansudae Art Studio bzw. dessen *overseas project* gefertigte Statue des unbekannten Soldaten aufgestellt wurde, dominieren ehemalige ZANU-PF-Größen. Mehrere zehntausend Ex-Kombattanten/-innen, die ihr Leben im antikolonialen Krieg riskiert und dem politischen Agitator Mugabe, der selbst nie mit der Waffe gekämpft hatte, zur Macht verholfen hatten, zählten nicht zu dieser Elite. Schon in den 1980er Jahren begannen lokale Debatten, wie bereits verstorbener Ex-Kämpfer/-innen würdevoll gedacht werden könne. Die ZAPU wollte namentlich gekennzeichnete Schreine an Grabstätten und Kampfplätzen, was aber Militärs und Geheimdienstmitarbeiter jahrelang verschleppten, wenn ZIPRA-Kämpfer/-innen nach der Unabhängigkeit im Kontext von *Gukurahundi* umgebracht worden waren (Ndlovu-Gatsheni 2012: 16). Das betraf 1.087 Gräber mit 1.414 Toten. Dagegen ließ die politische Elite auch in Lupane, Matabeleland North, ein Denkmal für einen unbekannten Soldaten errichten: ein Affront gegen die vielen namentlich bekannten und getöteten bzw. ermordeten Ex-Kämpfer/-innen.

In Gandangula, 20 km östlich von Lupane, wurde im Februar 1997 eine öffentliche Zeremonie, in deren Rahmen die Namen der in einem Massengrab Verscharreten angebracht werden sollten, vom Geheimdienst in letzter Minute verboten. Nur Einzelne wagten es, an einer kleinen privaten Feier teilzunehmen, die als Ersatz für das geplante Großereignis stattfand. Auf die Namensnennung wurde wegen der Bedrohungen verzichtet (Alexander u.a. 2000: 262ff).

Am 21.11.2017 wurde die Organisation *Ibhethu Likazulu* auf dem Weg zu einer Totengedenkzeremonie im früheren Internierungslager Bhalagwe von schwer bewaffneten Polizeieinheiten gestoppt. Die Zeremonie sollte im Rahmen des Programms „Dispossed in Life and Dishonored in Death: Bhalagwe Victims Remembered“ stattfinden. Zu den Teilnehmern/-innen zählten ZIPRA-Kriegsveteranen/-innen. Der ZAPU-Vorsitzende Dumiso

Dabengwa kritisierte das Vorgehen der Polizei scharf: Es sei ein großer Rückschritt der Regierung auf dem Weg zur Versöhnung, wenn sie Menschen vom Besuch der Gräber einiger *Gukurahundi*-Opfer abhalte. Als Mbuso Fuzwayo, der Generalsekretär von *Ibhethu Likazulu*, am 26.5.2018 eine Gedenktafel in Bhalagwe aufstellen wollte, belästigten ihn vier Polizisten bzw. Geheimdienstmitarbeiter.

Wie sehr die Regierung lokale Erinnerungspolitiken mit allen Mitteln verhindern will, zeigte sich auch im September 2018, als Namen an einem dortigen Massengrab unkenntlich gemacht wurden. Gleichzeitig war auf dem Gelände ein Zementblock mit der Inschrift: „Grab eines unbekannten Soldaten“ aufgestellt worden. Als Mnangagwa im Juli 2018 das Lager besucht hatte, stand noch kein Zementblock herum und die Namen waren lesbar. Kritiker/-innen monierten, dass sich Erinnern auf diese Weise nicht auslöschen lasse. Die Wunden der erlittenen Gewalt seien keineswegs verheilt. Es gehe nicht darum, Narben unnötig wieder aufzureißen, wie manche ZANU-PF-Politiker/-innen abwehrend seit Jahrzehnten meinen (CCJP 1997: 4).

Während das manipulierte Heldengedenken auch nicht nur rückwärts-gewandt war, instrumentalisierte die Regierungspartei die Jugendkultur, um junge Menschen mit historischen Versatzstücken zukunftsorientiert auf die nationale Einheit unter der Hegemonie der ZANU-PF einzuschwören. Die Planer/-innen von Musikfestivals schreckten nicht davor zurück, den Namen Joshua Nkomos kontextlos dafür zu vereinnahmen. Gleichzeitig schuf die Musikbranche mit selektiven Rückgriffen Heldenmythen, denn etliche Gruppen idealisierten den anti-kolonialen Unabhängigkeitskrieg, den so genannten Zweiten *Chimurenga*, eine Bezeichnung, die auf den „Ersten Chimurenga“ genannten, kriegerischen Widerstand Ende des 19. Jahrhunderts Bezug nahm, zelebrierten aber nur die ZANU-PF als Siegerin (Ndlovu-Gatsheni 2012: 14f). Von der kriegswichtigen Bedeutung und den Erfolgen der ZIPRA war keine Rede, *Gukurahundi* wurde verschwiegen. Gleichzeitig wurden Jugendliche in Trainingszentren indoktriniert und auf Dienstleistungen an der Nation eingeschworen – nicht selten lief das auf Gewaltbereitschaft im Wahlkampf hinaus, um der ZANU-PF zum Sieg zu verhelfen.

Kulturelle Formen des Erinnerns

In neuerer Zeit widmen sich Romane, Ausstellungen, Theaterstücke und Filme dem *Gukurahundi*-Massaker: 2002 erschien der Roman *Stone Virgins* der namhaften Schriftstellerin Yvonne Vera. Darin schildert sie die körperlichen und seelischen Zerstörungen, die ein verrohter und frustrierter

„Dissident“ an zwei jungen Frauen anrichtet. Sie veranschaulicht die weitreichenden Folgen der mangelnden Aufarbeitung des kriegesischen Militarismus sowie daraus resultierender Maskulinitätsprägungen, thematisiert herrschaftskritisch die *Gukurahundi*-Massaker und geht auf (nach-)koloniale Gewaltstrukturen ein. In Christopher Mlalazi's *Running with Mother* (2012) steht die Gewalt der Fünften Brigade an der Zivilbevölkerung im Mittelpunkt. Der Autor beschreibt sie aus der Sicht eines Mädchens, dessen Mutter eine Shona und dessen Vater ein Ndebele ist, womit er die ethnische Heterogenität im Südwesten Simbabwes illustriert. Novuyo Rosa Tshuma's *House of Stone* (2018) zeigt drastisch, wie ein junger Mann, der durch eine Vergewaltigung gezeugt wurde, die sadistische Gewalt seines berüchtigten Vaters namens Black Jesus übernommen hat. Auch bei den Menschen in seinem Umfeld hat die seit der Kolonialzeit etablierte Gewalt Spuren hinterlassen.

Eine Ausstellung Owen Masekos in der nationalen Kunstgalerie in Bulawayo, die die *Gukurahundi*-Opfer in den Blick nahm und in grotesken Gemälden bzw. Installationen Gewaltkontexte thematisierte, wurde im Januar 2011 sofort nach ihrer Eröffnung geschlossen, der Künstler inhaftiert. Damit nahm das repressive Regime den Bürger/-innen der Region eine Chance, zu erinnern und über Gewalterfahrungen zu sprechen.

Im Juni 2007 wurde die Premiere des Theaterstückes *The Good President* in Bulawayo von der Polizei gestürmt. Das Stück problematisiert, wie verhängnisvoll das Schweigen über *Gukurahundi* im Generationenverhältnis ist – auf die Bühne gebracht am Beispiel einer Großmutter, die ihren Enkeln die Todesumstände von deren Vater verschweigt, was diese ins Unheil stürzt. Der damalige Theaterdirektor Cont Mhlanga war besorgt, wie eingeschüchtert die Menschen waren, und meinte, sie fürchteten sogar ihre eigenen Schatten. Um Ansatzpunkte für eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, sei es notwendig, diese Ängste zu thematisieren. Eine punktuell praktizierte Form der familiären Gewaltbewältigung war bereits in den 1980er Jahren die Wiederbelebung traditioneller religiös-ritueller (Besessenheits-)Kulte (Werbner 1991: 164ff).

2012 wurde das Theaterstück *1983. Die dunklen Jahre* in Harare verboten und erst im September 2018 im dortigen Theater im Park aufgeführt. Es will zum Dialog über die Gräueltaten beitragen, denn das Stück beruht auf Aussagen von *Gukurahundi*-Überlebenden.

Der Dokumentarfilm *Gukurahundi Genocide: 36 Years Later* sollte Ende September 2018 im Rahmen des *Intwasa*-Arts-Festivals (*Intwasa* heißt auf Ndebele Frühling) in Bulawayo gezeigt werden. Kurz vor der Premiere verlangten Kriminalbeamte vom Filmemacher Zenzele Ndebele, er solle ihnen den Film vorführen, und forderten ihn zu einem „Gespräch“ auf. Bereits sein

Dokumentarfilm *Gukurahundi. A Moment of Madness* (2007) widersprach der offiziellen Erinnerungspolitik, und es war damals zu gefährlich, ihn in Simbabwe auf die Leinwand zu bringen. Aufgrund von Drohungen fürchtete Ndebele auch 2018 um sein Leben und floh kurzfristig nach Südafrika. Der Festivalleiter Raisedon Baya wurde ebenfalls bedroht. Schließlich wurde der Film in einem Hotel in Bulawayo einem interessierten Publikum präsentiert (Moyo 2018). Beide Filme sind inzwischen auf Youtube zugänglich.

Plurale Erinnerungspolitik auf Konferenzen

Inzwischen haben sich mehrere Interessengruppen gebildet, die Gerechtigkeit für die *Gukurahundi*-Opfer verlangen und über deren Forderungen unabhängige elektronische Medien berichten. Während einer internationalen Konferenz, die Mitte November 2018 vom *1893 Mthwakazi Human Rights Restoration Movement* organisiert wurde und in der Nähe von London stattfand, meinte der frühere Minister für *National Healing and Reconciliation*, Moses Mzila Ndlovu, die Mnangagwa-Regierung sei mit der Aufarbeitung überfordert. Sie würde keine wirkliche Lösung wollen. Er habe jegliches Vertrauen in die NPRC verloren. Mnangagwas Vorgehen sei rein kosmetisch, wie seinem Vorgänger Mugabe mangle es ihm an Integrität. Die Menschen in den betroffenen Provinzen würden aber etwas Besseres verdienen, schließlich habe es sich um einen ethnischen Genozid oder ethnische Säuberungen gehandelt. Die Vereinten Nationen (UN) seien am besten geeignet, für Gerechtigkeit zu sorgen.

Am 13.11.2018 hatte *Chief* Venzi Maduna Mafu aus Filabusi einen Brief an den UN-Generalsekretär Antonio Guterres geschickt, in dem er die UN aufforderte, die *Gukurahundi*-Massaker durch eine unabhängige Kommission untersuchen zu lassen; gleichzeitig bat er um Personenschutz für sich und gleichgesinnte *Chiefs*. Demgegenüber wollte der nationale Rat der *Chiefs* selbst eine führende Rolle bei der Aufarbeitung der *Gukurahundi*-Massaker übernehmen. Simbabweische Medienberichte, die das Medienportal Zimbabwe Situation zusammenstellte, wiesen darauf hin, dass dieser Dachverband offenbar *Chiefs* bei den Wahlen Ende Juli 2018 zur Stimmenabgabe für die ZANU-PF motiviert hatte; im Gegenzug erhielten etliche Allradautos als Wahlgeschenke.

Während der Konferenz „Never Again“ der *National Transitional Justice Working Group* Ende November 2018 in Bulawayo warfen einige Teilnehmer/-innen der NPRC vor, Opfer auszuschließen. Auch die Zusammensetzung der Kommission und die Auswahl ihrer Mitglieder durch Mugabe wurden kritisiert. Neben Rücktrittsforderungen an einzelne

Kommissionsmitglieder wurde die Relevanz von *Gukurahundi* im gesamten Profil der Kommission hinterfragt.

Der Oppositionspolitiker David Coltart von der MDC-T, einer aus der Aufspaltung der MDC hervorgegangenen Partei, deren Namen sich von ihrem früheren Vorsitzenden, dem inzwischen verstorbenen Morgan Tsvangirai, herleitet, forderte Mnagagwa auf, sich für die Massaker zu entschuldigen; auch Entschädigungen für betroffene Gemeinden seien notwendig. Das Abschieben der Verantwortung an Mugabe verärgere die Überlebenden und Angehörigen der Opfer. Einzelne MDC-Oppositionelle hielten es für notwendig, *Gukurahundi* in Gewaltkontinuitäten des Mugabe-Regimes einzuordnen, zu denen auch Misshandlungen von Staatsbürger/-innen im Kontext von Wahlen zählten.

Tabo Moyo vom zivilgesellschaftlichen Netzwerk *Crisis in Zimbabwe Coalition* erwartete ebenfalls eine persönliche Entschuldigung von Mnangagwa. Cont Mhlanga, dessen Theater in Bulawayo bei der Aufführung von *The Good President* von der Polizei gestürmt worden war, forderte, Mnangagwa solle Mugabe den Weg bereiten, um mit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten in Dialog zu treten und sich an den Gräbern der Toten zu entschuldigen.

Nicht nur die Konferenzteilnehmer/-innen sondern alle Interessenvertreter/-innen verlangen, dass die Regierung die Verantwortung für die organisierten Massaker übernimmt, sie als Teil der gemeinsamen Geschichte Simbabwes anerkennt und politische sowie juristische Konsequenzen zieht (vgl. Murambadoro 2015: 33ff). Die hastig Verscharzten sollen würdige Bestattungen und namentlich gekennzeichnete Grabstätten erhalten. Solange die Regierung sich nicht mit den Ausmaßen und Folgen der Gewalt auseinandersetze, könne es keine Versöhnung geben. Einmütigkeit herrschte darüber, dass man die Wahrheit wissen will.

Fazit

Die ZANU-PF, die aus einer bewaffneten Unabhängigkeitsbewegung hervorging, ist ein Beispiel dafür, wie nachkoloniale Eliten ihre erfolgreichen Gewaltmuster nach der Abschaffung eines ebenfalls brutalen und auf struktureller Gewalt basierenden Kolonialregimes beibehielten. Die Massaker an der ndebelesprachigen Bevölkerung Anfang der 1980er Jahre zeugen davon, denn in den westlichen Landesteilen Simbabwes erhielten militärische Einheiten und jugendliche ZANU-PF-Schläger gezielte Einsatzbefehle. Auch der berühmte Geheimdienst, dessen Mitarbeiter teilweise vom früheren Gegner, in dem Fall der rhodesischen Regierung, übernommen worden

waren, beteiligte sich mit zahlreichen Morden und Folterungen an der systematischen Gewalt. Niemand wurde dafür strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen, vielmehr profitierten alle Täter von einer Generalamnestie.

Auf lokalpolitischer Ebene wurden *Chiefs* in die Patronage-Maschinerie der Regierung eingebunden. Im Gegenzug sollten sie das Wahlverhalten der ihnen unterstellten Bevölkerung zum Vorteil der Regierungspartei beeinflussen. Zudem wurden lokale Autoritäten und Politiker/-innen in der Erinnerungspolitik auf Linie gebracht; sie sollten in ihrem Umfeld zur Heldenverehrung beitragen und damit die ZANU-PF als alleinige Siegerin des Unabhängigkeitskampfes zelebrieren. Die Heroisierung beschränkte sich auf die führenden Politiker und Generäle, während die einfachen Guerillakämpfer/-innen ignoriert wurden. Mit der weiteren Radikalisierung der Regierungspolitik wurde auch die Geschichtswissenschaft verstärkt in die Pflicht genommen und mit der „patriotic history“ ein enger, auf die Legitimationsbedürfnisse der Regierung zugeschnittener Rahmen vorgegeben.

Diese Verherrlichung, für die sogar die Musikindustrie mobilisiert wurde, war nicht nur eine Geschichtsklitterung; vielmehr zielte sie ebenfalls darauf ab, das Erinnern an die Leistungen der konkurrierenden ZAPU und ZIPRA im Unabhängigkeitskampf auf lokaler und nationaler Ebene auszulöschen.

Menschen, die dies öffentlich hinterfragten oder kritisierten, wurden mit Mord- und Gewaltdrohungen ebenso eingeschüchtert wie Interessenvertretungen von Angehörigen der Opfer und Überlebenden der *Gukurahundi*-Massaker, die mit dem Alleinherrschaftsanspruch der ZANU-PF und ihrer Deutungshoheit über den Unabhängigkeitskrieg eng verwoben waren. Erst nach der Absetzung des Langzeitdiktators Robert Mugabe im November 2017 wagten sich lokale Initiativen in die größere Öffentlichkeit. Auch couragierte Kulturschaffende zeigten Theaterstücke und Filme, die zuvor verboten waren; so trugen sie mit kulturellen Formen zum Erinnern an die Opfer der Massaker und die schweren Schicksale der marginalisierten Überlebenden bei.

Angesichts der neuen Gewaltexzesse mit Toten und Verletzten nach den Wahlen Ende Juli 2018 und nach einem Generalstreik Mitte Januar 2019, ist fraglich, wie viel Zeit ihnen das aktuelle Regime lässt, mit eigenen Erinnerungspraktiken die offiziellen exkludierenden Erinnerungsdogmen weiter in Zweifel zu ziehen.

Literatur

Alexander, Jocelyn; JoAnn McGregor & Terence Ranger (2000): *Violence and Memory. One Hundred Years in the „Dark Forests“ of Matabeleland*. Oxford.

- CCJP – Catholic Commission for Justice and Peace (1997): *Breaking the Silence, Building true Peace. A Report on the Disturbances in Mataberland and the Midlands 1980 to 1988*. CCJP and Legal Resource Foundation, Harare.
- Engel, Ulf (1994): *The Foreign Policy of Zimbabwe*. Hamburg.
- Moyo, Thandekile (2018): *We Cannot Bury our Past*. Nehanda Radio, 11.10.2018, <http://nehandaradio.com/2018/10/11/we-cannot-bury-our-past/>, letzter Aufruf: 31.12.2018.
- Murambadoro, Ruth (2015): „We Cannot Reconcile until the Past has been Acknowledged“. In: *African Journal of Conflict Resolution*, Bd. 15, Nr. 1, S. 33-57.
- Ndlovu-Gatsheni, Sabelo (2012): „Rethinking ‘Chimurenga’ and ‘Gukurahundi’ in Zimbabwe. A Critique of Partisan National History“. In: *African Studies Review*, Bd. 55, Nr. 3, S. 1-26 (<https://doi.org/10.1017/S0002020600007186>).
- Ndlovu-Gatsheni, Sabelo & Willems, Wendy (2009): „Making Sense of Cultural Nationalism and the Politics of Commemoration under the Third Chimurenga in Zimbabwe“. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 35, Nr. 4, S. 945-965 (<https://doi.org/10.1080/03057070903314226>).
- Scarnecchia, Timothy (2011): „Rationalizing Gukurahundi. Cold War and South African Foreign Relations with Zimbabwe, 1981-1983“. In: *Kronos*, Bd. 37, Nr. 1, S. 87-103, http://www.scielo.org.za/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0259-01902011000100006&lng=en&nrm=iso, letzter Aufruf: 25.2.2019.
- Werbner, Richard (1991): *Tears of the Dead. The Social Biography of an African Family*. Harare.

Anschrift der Autorin:

Rita Schäfer

schaefer-afrika@posteo.de